

**Dr. Henning Höppner:**

## **Bundesfinanzministerium soll Privatschulen in Ruhe lassen!**

*Zur aktuellen Berichterstattung über Pläne des Bundesfinanzministeriums, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur steuerlichen Gleichbehandlung des Besuchs von Privatschulen im Inland und innerhalb der EU durch Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit des Elternbeitrages umzusetzen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Henning Höppner:*

Die Pläne des Bundesfinanzministeriums, die steuerliche Absetzbarkeit für den Besuch von Privatschulen in Umsetzung des Urteils des EuGH nicht etwa auf den Besuch von Privatschulen im Ausland auszudehnen, sondern auch für das Inland abzuschaffen, sind ein Schildbürgerstreich und mit den Bekenntnissen der Bundesregierung zur Bedeutung von Schule und Bildung unvereinbar.

Das Land Schleswig-Holstein bemüht sich, in enger Zusammenarbeit mit den Privatschulen und ihren Verbänden Problemlösungen zu schaffen, die die Arbeit der Schulen in freier Trägerschaft auf eine verlässliche Grundlage stellen, ohne den Landeshaushalt zu überfordern.

Wir erinnern daran, dass niemand vom Besuch einer Privatschule nur deswegen ausgeschlossen werden darf, weil seine Eltern zu wenig Geld haben. Dieser Grundsatz würde aber verletzt, wenn zusätzlich zu den hohen finanziellen und sonstigen Belastungen auch noch die steuerliche Absetzbarkeit der Schulgelder wegfallen würde.

Wir erwarten deshalb von unseren schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, diese Pläne so schnell wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen.